

Ohne weitere Zusagen nach Paris

Doris Leuthard Die Schweiz hofft auf den Durchbruch bei den Klimaverhandlungen. Aber ohne eigene Zugeständnisse

VON JONAS SCHMID

Die Schweiz galt lange als Vorreiterin beim Klimaschutz. Um den Ausstoss von Treibhausgasen zu senken, führte sie verschiedene klimapolitische Instrumente ein, etwa die CO₂-Lenkungsabgabe, Subventionen für Gebäudesanierungen oder Importvorschriften für neue Autos. Dass diese Massnahmen nicht wirkungslos blieben, belegen die Zahlen des Bundesamts für Umwelt (Bafu): Obschon die Wirtschaft in den vergangenen 25 Jahren um 38 Prozent und die Bevölkerung um 21 Prozent gewachsen sind, stösst die Schweiz heute weniger Treibhausgase aus als 1990. Schweizer sind damit gerade einmal für 0,1 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstosses verantwortlich.

«Die Schweiz reist mit leeren Händen nach Paris.»

Jürg Staudenmann Alliance Sud, Arbeitsgemeinschaft der Schweizer Hilfswerke

Diese Zahlen sind jedoch nur die halbe Wahrheit: Würden Treibhausgase, die bei Flugreisen und der Produktion von importierten Konsumgütern entstehen, mit eingerechnet, würde die Schweizer Bilanz weniger rosig aussehen. Dennoch hat die Schweiz grosse Fortschritte gemacht, um auf emissionsarme Technologien umzusteigen.

Andere Länder machen mehr

Auch auf internationaler Ebene gehört die Schweiz zu den Leadern beim Klimaschutz. Als die Geberländer 2009 in Kopenhagen den Grünen Klimafonds (GCF) beschlossen, gehörte die Schweiz zu den ersten Ländern, die dem Fonds Geld zusprachen. In den Jahren 2015 bis 2017 fliessen 100 Millionen Dollar. Ab 2020 soll ärmeren Ländern aus dem GCF jährlich 200 Milliarden zur Verfügung stehen, damit sie ihre Emissionen reduzieren und sich für den Klimawandel wappnen können.

Doch ausgerechnet jetzt, da in Paris nächste Woche ein globales Klimaabkommen verhandelt wird, bei dem erstmals alle Länder rechtlich eingebunden werden sollen, gerät die Schweiz ins Hintertreffen. Gestern hat Umweltministerin Doris Leuthard in Bern das Verhandlungsmandat der Schweiz vorgestellt. In Paris müsse es nun nach etlichen erfolglosen Konferenzen endlich «einen Schritt vorwärts» gehen, sagte Leuthard. Darin fehlt aber eine konkrete finanzielle Zusage für den Klimafonds für die Zeit nach 2020.

«Die Schweiz reist mit leeren Händen nach Paris», kommentiert denn auch Jürg Staudenmann von Alliance Sud, der Arbeitsgemeinschaft der Schweizer Hilfswerke. Andere Länder hätten bereits konkrete Zusagen gemacht.



Bundesrätin Doris Leuthard will in Paris beim Klimaschutz «einen Schritt vorwärts» machen. DOMINIC STEINMANN/KEY

DEMO-VERBOT IN PARIS

Aktionstage in der Schweiz

Wenn nächste Woche die grosse Klimakonferenz beginnt, sind Demos verboten. Noch vor den Terror-Attentaten wurden bis zu 200 000 Demonstranten erwartet. In aller Welt, und somit auch in der Schweiz, ziehen Umweltorganisationen die Aktionstage jedoch wie geplant durch: in Bern, Luzern, St. Gallen und Zürich morgen Samstag, in der Westschweiz (Genf und Lausanne) und in Lugano am Sonntag. Zudem lässt die «Klimallianz» im Internet zum Hashtag «#Ich liebe ...» Promis erklären, warum sie sich von der Schweiz in Paris eine aktive Rolle wünschen. (NCH)

Gemäss einer Auflistung der Organisation will Deutschland ab 2020 jährlich vier Milliarden Euro öffentliche Gelder in den Klimafonds einzahlen, was einer Verdoppelung der bisherigen Mittel entspricht. Frankreich hat als Gastgeberin alleine für nächstes Jahr 100 Millionen zugesagt und will ab 2020 fünf Milliarden jährlich einzahlen. Auch England stellt für den Zeitraum 2016 bis 2021 5,8 Milliarden Pfund (8,9 Milliarden Franken) zur Verfügung.

Angst vor weiteren Forderungen

Und die Schweiz? Leuthard sagte bloss: Jedes Land solle gemäss seinen Möglichkeiten am GCF teilnehmen und verwies auf die Budgethoheit des Parlaments. Eine andere Erklärung liefert Bafu-Sprecherin Elisabeth Maret: In den Verhandlungen sei damit zu rechnen, dass nach jeder Ankündigung weitere finanzielle Forderungen seitens der Entwicklungsländer folgten. «Zuerst muss die Art und Weise der Finanzierung geklärt werden.» Es reiche, wenn die finanziellen Zusagen zu einem späteren Zeitpunkt erfolgten.

Für Staudenmann ist das eine Ausrede: «Es fehlt dem Bundesrat an Mut und Führung.» Auch andere Länder hätten komplizierte Budgetprozesse. Die Schweizer Position würde die Entwicklungsländer vor den Kopf stossen: «Die reichen Staaten sagten an den Verhandlungen in Kopenhagen, wir geben euch 100 Milliarden pro Jahr, wenn ihr uns konkrete Reduktionsziele und Massnahmen vorschlagt.» Das hätten die Entwicklungsländer nun getan, indem sie nationale Strategien erarbeiteten. Werden in Paris nicht genügend Gelder mobilisiert, fallen die Geberländer den Entwicklungsländern in den Rücken. «Die Schweiz riskiert mit ihrer Position, ihr Image zu untermauern und den erfolgreichen Abschluss eines neuen Klimaabkommens zu untergraben», sagt Staudenmann. Die Klimallianz fordert vom Bund bis 2020 eine Beteiligung in Höhe von einer Milliarde Franken pro Jahr, also einem Prozent der von den Industrieländern versprochenen Gelder.

Bundeskanzler so gut wie gewählt

Ausser Konkurrenz Walter Thurnherr, CVP-Mitglied und Generalsekretär von Doris Leuthard, bleibt einziger Kandidat für das Amt des Bundeskanzlers.

VON ANNA WANNER

In zwölf Tagen wählt die Bundesversammlung den Bundesrat. Seit Wochen schiesse Spekulationen ins Kraut, wie sich die Schweizer Regierung dereinst zusammensetzen wird. Täglich erscheinen Berichte über die drei nominierten SVP-Kandidaten: Ihnen wird auf den Zahn gefühlt, die Medien registrieren jede Bewegung vor der Wahl am 9. Dezember.

Anfängliche Skepsis verflogen

Gleichentags wird in Bundesbern ein zweiter wichtiger Posten neu besetzt, jener des Bundeskanzlers. Er setzt die Themen auf der bundesrätlichen Agenda. Die aktuelle «achte Bundesrätin» Corina Casanova kündigte bereits im Sommer ihren Rücktritt an. Die Parteien hätten also reichlich Zeit gehabt, eigene Kandidaten aufzustellen. Doch ausser der CVP hat keine Partei den Hut in den Ring geworfen. Walter Thurnherr, der Generalsekretär von Bundesrätin Doris Leuthard, ist auch zwei Wochen vor der Wahl noch immer einziger Kandidat.

Dabei hatten sich nach der frühen Bekanntgabe von Thurnherrs Kandidatur Anfang Oktober durchaus kritische Stimmen zu Wort gemeldet. Die Grünen meldeten Vorbehalte an. Und die SP hegte eigene Ambitionen auf das Amt. Doch diese sind inzwischen wieder verflogen. Kommunikationschef Michael Sorg sagt, die Partei habe eine Kandidatur geprüft, sich aber schliesslich dagegen entschieden. «Wir anerkennen den Anspruch der CVP auf das Amt des Bundeskanzlers», sagt er. Und: «Die SP unterstützt Walter Thurnherr. Er hat im Departement von Doris Leuthard keinen schlechten Job gemacht, und bewiesen, dass er fachlich stark ist.»

Keine Konkurrenz in Sicht

Ähnlich tönt es auf Anfrage bei anderen Parteien - wenn auch die Unterstützung weniger explizit ausfällt. SVP-Generalsekretär Martin Baltisser sagt, die Volkspartei konzentriere sich auf die Bundesratswahl und verzichte deshalb auf eine Kandidatur. «Wenn Walter Thurnherr der einzige Kandidat bleibt, wird ihn die Fraktion wohl auch unterstützen.» Die FDP gibt sich zugeknöpft. Sprecher Georg Därenzinger will sich nicht auf den Kandidaten festlegen, er verweist auf die Hearings am Dienstag - auch wenn Thurnherr ausser Konkurrenz steht. Gewiss sei einzig, dass die FDP keine eigene Kandidatur plant.



Walter Thurnherr, Generalsekretär Uvek und Bundeskanzler-Kandidat der CVP. KEY

Selbst die Grünen, die den CVP-Kandidaten ursprünglich schmähen wollten, geben Thurnherr nun immerhin eine Chance. Co-Präsidentin Regula Rytz sagt: «Wir werden in den Hearings die Fragen klären, die noch offen sind.» Aus ihrer Sicht sei Thurnherr aber der einzige Kandidat.

Geringe Chancen gegen Thurnherr

Dass es diesmal bei der Wahl des Kanzlers keine Auswahl gibt, hat nichts mit dem Anspruch zu tun, den die CVP auf das Amt erhebt. Frühere Kanzler gehörten auch der FDP und SP an. Die fehlende Konkurrenz ist vielmehr mit der Personalie verknüpft. Thurnherr sei kompetent und einflussreich, wird ihm von allen Seiten attestiert. Rytz verdeutlicht: «Eine Kampfkandidatur ist aus unserer Sicht chancenlos.» Die Grünen hätten versucht, eigene Kandidaten aufzubauen - die Anfragen seien auch auf Interesse gestossen. «Doch die Kandidaten hätten eine Chance sehen müssen.»

Auch Michael Sorg sagt: «An guten SP-Kandidaten hätte es nicht gemangelt.» Dem Vernehmen nach wollte sich die Partei die Option offen lassen, Vizekanzler und Bundesratssprecher André Simonazzi ins Rennen zu schicken. Er selbst wollte dazu gestern keine Stellung nehmen. Und seine Sprengkandidatur scheint vom Tisch. Sprich: Thurnherr ist so gut wie gewählt.

NACHRICHTEN

ERNÄHRUNG

Fair-Food-Initiative der Grünen eingereicht

Die Grünen Schweiz haben gestern bei der Bundeskanzlei ihre Initiative eingereicht für den Schutz der hohen Schweizer Lebensmittelstandards und die Förderung ökologischer und sozialer Standards für Importprodukte. Gemäss der Partei wurden 105 631 gültige Unterschriften gesammelt. (SDA)

GLETSCHER

Überwachung auf Jahre gesichert

Die systematische Beobachtung der schrumpfenden Schweizer Gletscher ist gesichert: Für 400 000 Franken jährlich kann die über 140-jährige Messreihe weitergeführt werden. Das vereinbarten gestern die Bundesämter für Umwelt und Meteorologie sowie die Akademie der Naturwissenschaften. (SDA)

FINANZWESEN

Postfinance darf weiter keine Kredite vergeben

Postfinance hat eine Banklizenz, darf aber keine Kredite vergeben. Daran hält der Bundesrat fest. Die Ergebnisse zeigten, dass sich Postfinance behaupten könne, schreibt er auf eine Motion von Ständerat Roberto Zanetti (SP/SO). (SDA)